



## Einigkeit tut not

Nach siebenstündiger engagierter Debatte mit über 60 Rednerinnen und Rednern hat der Nationalrat am 9. März 2016 die Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» des Schweizer Bauernverbands mit 91 zu 83 Stimmen bei 19 Enthaltungen zur Annahme empfohlen. Die vorberatende Kommission, die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), hatte – wie bereits zuvor der Bundesrat – empfohlen, diese Initiative abzulehnen. Ich habe dann im Nationalrat einen entsprechenden Minderheitsantrag auf Annahme der Initiative gestellt, der – wie vorstehend erwähnt – gutgeheissen wurde.

Für die Landwirtschaft ist diese Initiative wichtig. Wenn aber innerhalb dieser Branche keine Einigkeit herrscht, kommt das nicht gut. So hat beispielsweise die Kleinbauern-Vereinigung vor der Beratung im Parlament allen Nationalrätinnen und Nationalräten ein Schreiben zukommen lassen mit der Empfehlung, diese Initiative abzulehnen. Sie können sich vorstellen, was das heisst: All jene ausserhalb der Landwirtschaft, die an dieser Initiative zweifeln oder aus eigenen Interessen dagegen sind, weisen genüsslich darauf hin, dass sich selbst die

Landwirtschaft nicht einig sei. Das ist Gift für ein solches Geschäft.

Warum braucht es diese Initiative? Drei Gründe sprechen dafür. Erstens: Der Netto-Selbstversorgungsgrad sank in den letzten zehn Jahren von 58 auf 51 Prozent. Wenn das so weitergeht, ist die Schweiz bald nicht mehr in der Lage, die Hälfte unserer Nahrungsmittel selber zu produzieren. Zweitens: Es gelingt uns mit den heutigen Bestimmungen nicht, den Landwirten die Gelegenheit zu bieten, ein anständiges Einkommen zu erwirtschaften. Drittens: Der überbordende administrative Aufwand muss reduziert werden. Selbst der Bundesrat hat in seinem Bericht eine Verfassungslücke festgestellt.

Mit der Initiative sollen der Agrar- und Lebensmittelsektor gestärkt, ein massiver Abbau von Grenzhürden verhindert, Innovationen gefördert und der Kulturlandschutz gestärkt werden, Letzteres insbesondere durch die Verhinderung einer weiteren Verwaldung. Um die Initiative in einer Volksabstimmung durchzubringen, sind grosse Anstrengungen erforderlich. Eines ist zentral: Die übrige Bevölkerung muss klar und deutlich spüren, dass die Landwirte diese Initiative wollen. Im Mo-



ment ist das zu wenig spürbar, und es ist auch nicht einheitlich spürbar.

Nun geht diese Vorlage weiter an den Ständerat. Noch vor den Sommerferien wird sich die WAK des Ständerats über diese Vorlage beugen und eine Empfehlung an den Ständerat abgeben. In der Herbstsession wird schliesslich die ständerätliche Debatte erfolgen.

Für diese Initiative gilt eines: Nur wenn die Landwirtschaft mit grosser Einigkeit dahinter steht, kann es gelingen, diese in einer Volksabstimmung durchzubringen. Deshalb: Einigkeit tut not.

Leo Müller aus Ruswil ist seit 2011 Nationalrat, dort Mitglied der WAK, und seit 2008 Gemeindepräsident. Der ausgebildete Landwirt und Agronom studierte zusätzlich Rechtswissenschaft und leitet als Rechtsanwalt und Notar eine Kanzlei in Ruswil. Er ist 57-jährig, verheiratet und Vater von drei Kindern.